

# „Wir müssen hinter die Phrasen schauen“

Ein Gespräch mit der Politikwissenschaftlerin **Astrid Séville** über Populismus und die Sprache der Mächtigen

Fragen **Anja Reiter**

Frau Séville, als wir uns gerade begrüßt haben, sind zwischen uns ein paar höfliche Floskeln gefallen. In Ihrem Buch „Der Sound der Macht. Eine Kritik der dissonanten Herrschaft“ behaupten Sie, dass Floskeln in der Politik gefährlich werden können. Warum? Sie haben Recht, Floskeln beherrschen unsere Alltagssprache. Sie helfen dabei, das gesprochene Wort zu strukturieren. In der Politik können Floskeln jedoch problematisch werden – und zwar dann, wenn sie eine politische Leere verhüllen. Wenn Phrasen nur als Verschleierungstaktik angewendet werden, um anschließend eine andere Politik durchzusetzen, verhindern sie eine Debatte. Mir geht es darum, hinter die Phrasen zu schauen und zu fragen, für welchen Zeitgeist sie stehen.

In Ihrem Buch haben Sie insbesondere hinter die Phrase der Alternativlosigkeit geblickt. Was hat Sie daran interessiert?

Spannend ist, dass Alternativlosigkeit zweierlei bedeuten kann. Zum einen kann man sie als Ausdruck von Durchsetzungsstärke, Notwendigkeit und Stehvermögen interpretieren. Ein Beispiel dafür ist die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, die für ihren Slogan „There is no alternative“ bekannt geworden ist, abgekürzt TINA. Damit wollte Thatcher ihre klaren politischen und ideologischen Überzeugungen markieren.

Und auf der anderen Seite?

Auf der anderen Seite kann die Rede von der Alternativlosigkeit auch als Nachweis für Durchsetzungsschwäche oder politische Ohnmacht interpretiert werden – und zwar dann, wenn Politiker wie Angela Merkel oder Wolfgang Schäuble auf Alternativlosigkeiten aufgrund von Sachzwängen hinweisen, auf das Diktat der Märkte oder die Eurozonenkrisen. Dann bekommen Bürger

den Eindruck, dass „die da oben“ gar nicht mehr frei entscheiden können und die Politik im nationalen Rahmen machtlos geworden ist.

Mal funktioniert die Phrase also, mal nicht. Wann aber wird die Rede von der Alternativlosigkeit problematisch für unsere Demokratie?

Sie ist immer dann problematisch, wenn sie andere politische Optionen verunglimpft und diskreditiert, vor allem die der Opposition. Von Alternativlosigkeit zu sprechen bedeutet ja auch, dass die Argumente der anderen für mich gar nicht der Rede wert sind. Das ist ein Totschlagargument und verhindert politische Debattenkultur. Deshalb ist meine normative Schlussfolgerung: Die Rede von der Alternativlosigkeit ist für eine Demokratie immer problematisch. In der Demokratie geht es schließlich darum, Alternativen aufzuzeigen.

Hört genau hin, wenn  
Politiker sprechen:  
die Politikwissenschaftlerin  
Astrid Séville.



Wäre es nicht an der Opposition, die Alternativen lauter aufzuzeigen?

Ja, die Rede von der Alternativlosigkeit ist auch ein Anzeichen für die Schwäche der Opposition. Es ist kein Zufall, dass diese Rede in Deutschland mit den Großen Koalitionen zusammenfällt. Sie ist ein Anzeichen für eine eingeschlafene politische Debatte, vor allem für das Fehlen parlamentarischer Diskussionen.

Gerade Merkel gilt als begnadete Technokratin. Während der Krisen der letzten Jahre hat sie eine gewisse Sachlichkeit in die Debatte gebracht. Zum Vorteil oder zum Nachteil für unsere Demokratie?

Ich glaube tatsächlich, dass Angela Merkels Politik Fluch und Segen zugleich ist. Sie hat mit ihrer ruhigen Hand und der moderierenden Art sehr gut durch die Krisen manövriert. Aber ihr Krisenmanagement war immer nur ein Durchwurschteln. Es gibt kein politisches Konzept, keine Richtungsentscheidung, keine Vision. Viele Wählerinnen und Wähler wollen das, von den moderaten Kräften der Mitte kommt dahingehend aber zu wenig.

Juso-Chef Kevin Kühnert hat kürzlich in einem ZEIT-Interview seinen Gegenentwurf zum Kapitalismus skizziert. Das Interview sorgte für Aufsehen. Ist ein solcher Vorschlag ein Positivbeispiel, weil mehr Spielraum für Alternativen entsteht?

Mit Blick auf die demokratische Debattenkultur kann man Kühnerts Vorstoß begrüßen. Es liegen wieder mehr politische Gegenentwürfe auf dem Tisch. Erhellend fand ich jedoch die Reaktionen auf das Interview. Sigmar Gabriel meinte, Kühnert verfolge einen populistischen Trump-Stil. Innerhalb der SPD haben manche gefragt, was Kühnert denn geraucht habe. Schon wieder ging es also darum, dass bestimmte Gegenvorschläge zum herrschenden politischen Modell einfach diskreditiert und marginalisiert werden. Das halte ich für problematisch. Denn egal was man inhaltlich von den Thesen Kevin Kühnerts hält, sie sind diskussionswürdig, weil sie vermeintliche politische Selbstverständlichkeiten in Frage stellen und die Chance eröffnen, diese öffentlichkeitswirksam zu erklären und zu verhandeln.

Sie fordern einen liberaldemokratischen Sound der Macht. Wie würde der klingen?



„Ich halte das Vorgehen für alternativlos“, erklärte Angela Merkel im Zuge der Finanzkrise 2009 sowie später auch in anderen Situationen. Der Begriff wurde 2010 zum Unwort des Jahres gewählt.

## „Wir müssen wieder lernen, über etwas cool-sachlich zu diskutieren und nicht in Empörungsgesten zu verfallen.“

Liberaldemokratischer Sound hieße für mich, den Pluralismus von Meinungen zu bejahen, auch den Pluralismus von politischen Wertvorstellungen und Ideologien. Ein liberaldemokratischer Sound wäre also in erster Linie eine kritisch-sachliche Auseinandersetzung mit Kühnerts Thesen, wie es ja auch in einigen Feuilletons passiert ist. Wir müssen wieder lernen, über etwas cool-sachlich zu diskutieren und nicht gleich in Empörungsgesten zu verfallen.

Neben der Floskel der Alternativlosigkeit dominieren noch andere Floskeln die politische Debatte, etwa „Hausaufgaben machen“ oder die „schwäbische Hausfrau“. Sie schreiben, dass solche Phrasen die Gesellschaft entpolitisieren. Aber machen solche Sprachbilder Politik nicht auch verständlicher?

Beides ist richtig. Natürlich machen bestimmte Metaphern Politik handgreiflicher. Die „schwäbische Hausfrau“ etwa wurde aus der normalen Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, um klarzumachen: Wenn man langfristig seine Zukunft sichern will, sollte man nicht das Geld zum Fenster rauswerfen. Trotzdem ist genau dies eine problematische

Vereinfachung des makroökonomischen Zusammenhangs. Die Ökonomen zeigen schließlich schon seit Langem: Wenn alle sparen, haben wir ein Problem. Politiker müssen die Gründe für ihre Entscheidungen offenlegen und sie nicht mithilfe von Sprachbildern unter den Tisch fallen lassen.

In Ihrem Buch setzen Sie sich auch mit der Gegensprache der Populisten auseinander. Was genau zeichnet Populisten eigentlich aus?

Darüber debattieren Populismus-Forscher bis heute. Es gibt unter Politikwissenschaftlern eine Diskussion darüber, ob die liberale Demokratie mit dem Populismus kompatibel sei oder ob sich beide ausschließen. Die Mehrheit sagt, Populismus sei immer anti-pluralistisch, sei immer illiberal in der Tendenz. Die anderen sagen, Populismus sei bloß eine Strategie, ein Werkzeug, es gebe durchaus populistische liberale Demokraten. Als Arbeitsdefinition können wir uns aber darauf einigen: Populisten stellen Volk und Establishment gegenüber. Sie sprechen von einer schweigenden Mehrheit, deren Rechte durchgesetzt werden müssten – gegen das angeblich autoritäre oder korrupte Establishment. Darüber hinaus prononciieren Populisten aber auch

einen ganz bestimmten Begriff von Demokratie: Für sie ist die Einschränkung des demokratischen Äußerungsprozesses eine Provokation. Wenn die Mehrheit der Menschen für die Einführung der Todesstrafe ist, würden Populisten sagen: Die Stimme des Volkes zählt. Liberale Demokraten schränken den Mehrheitswillen hingegen ein – durch Minderheitenrechte, durch Rechtsstaatlichkeit und durch die Orientierung an Menschenrechten.

Wie hört sich der Sound der Populisten an? Meine These ist: Die populistische Sprache ist eine vulgärdemokratische. Sie ist eine Verkürzung der Demokratie, sie verkürzt die demokratische Kultur auf den Volkswillen.

Inwiefern ist die Alternative für Deutschland eine Reaktion auf die Sprache der Großen Koalition?

Der Parteiname „Alternative für Deutschland“ ist kongenial – leider. Er greift genau jene vermeintliche Alternativlosigkeit der etablierten Parteien auf, das Zusammenrücken bestimmter Positionen und Parteien, den sozialliberalen Konsens. Und er greift natürlich auch die Rhetorik der Alternativlosigkeit auf. Insofern kann man tatsächlich davon sprechen, dass die Alternative für Deutschland eine Reaktion auf die Sprache der Großen Koalition war – aber nicht nur: Die AfD greift ja auf schon lange bestehende politische Präferenzen und Muster der Gesellschaft zurück, auf Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Phantasien eines völkischen Nationalbewusstseins. Wir dürfen also nicht verkürzt argumentieren, dass die Politik der Großen Koalition die AfD hervorgerufen habe. Sie war vielleicht der Trigger, aber sie hat lange bestehende Muster dynamisiert, politisiert und ausgeschlachtet.

Gibt es auch eine Gegenreaktion auf die Sprache der AfD?

In den letzten Jahren haben wir in München und anderswo Demonstrationen von einer überraschenden Größenordnung erlebt. Das ist der paradoxe Effekt der Populisten: Sie tragen dazu bei, den Pluralismus und die Politisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Die Rechtspopulisten politisieren die Gesellschaft und mobilisieren einen Anti-Populismus. Zum Phänomen einer solchen Gegenbewegung forsche ich derzeit. Die Art und Weise, wie sich manche

Anhänger dieser Gegenbewegung profilieren, ist schwierig: als diejenigen, die moralisch überlegen sind, die wirklich verstanden haben, wie liberale Demokratie funktioniert. Die Anhänger populistischer Parteien seien irrationale Trottel, die auf der Strecke der Modernisierung verloren gegangen sind. Wir müssen uns überlegen, wie man ohne Überlegenheitsgestus miteinander ins Gespräch kommen kann.

Inwiefern ändert sich die Sprache der Populisten, wenn sie an der Macht, also selbst Teil des Establishments sind?

Populisten an der Macht bewegen sich in einer grundlegenden Paradoxie. Auf der einen Seite können sie jetzt nicht mehr gegen das Establishment wettern. Auf der anderen Seite tun sie es trotzdem einfach weiter. Donald Trump macht immer noch Wahlkampfveranstaltungen und spricht darüber, wie seine Politik verhindert werde. Die FPÖ behauptete, der ORF agiere gegen sie und torpediere die Regierungspolitik. Viktor Orbán behauptet, die EU verhindere, was er in Ungarn machen möchte. Diese verschwörungstheoretisch unterfütterten Verhinderungsgeschichten sind typisch für die Sprache von Populisten an der Macht.

Ihr Buch ist bei C.H.Beck erschienen. Ist es Ihnen leichtgefallen, für ein breites Publikum außerhalb Ihrer Fachdisziplin zu schreiben?

Das war ein Lernprozess, der mir am Ende auch Spaß gemacht hat. Mit der Zeit bekommt man ein Gefühl für eine breitenwirksamere Sprache. Wenn man ein solches Buch schreibt, muss man aber auch lernen, in der Öffentlichkeit mit Kritik umzugehen. Wer wie ich offen die Sprache der AfD und das Demokratieverständnis von Populisten kritisiert, wird per Mail angefeindet oder gerät ins Visier bestimmter politischer Akteure. Bei manchen Besprechungen meines Buchs habe ich zudem gelernt, dass wohl die Devise gilt: sich ärgern und schweigen. Diese Erfahrung war interessant und lehrreich, teilweise aber auch schmerzhaft.

Gibt es auch einen Sound der Politikwissenschaftler?

Der Sound der Politikwissenschaftler ist natürlich ein Fachjargon. Wie jede Disziplin haben wir unsere Terminologie. Angesichts

der politischen Entwicklungen der letzten Jahre ist die Politikwissenschaft aber immer mehr gefragt als Orientierungsdisziplin. Wir sollen dabei helfen, die Gesellschaft zu beobachten und gewisse Angebote der Selbsteutung zu machen. Diese Entwicklung schlägt sich auch in einer offeneren und zugänglicheren Sprache nieder.

Ist das auch Ihr Rollenverständnis als Politikwissenschaftlerin: Orientierung zu geben?

Als Politikwissenschaftlerin beobachte und analysiere ich Politik aus einer gewissen Distanz heraus. Wenn ich normative Urteile fälle, muss ich diese reflektieren und offenlegen. Meine Rolle ist es, der Öffentlichkeit etwas zurückzugeben. Orientierung zu geben ist aber vielleicht ein bisschen zu viel gesagt. Ich will lieber produktiv irritieren als beraten. Ich will zeigen, wie man es auch sehen kann. Denn das ist die große Herausforderung unserer Gesellschaft: Kontingenz und Pluralität auszuhalten. Dass jemand etwas anders deuten könnte, dass unsere politischen Entscheidungen auch andere hätten sein können. Unsere Aufgabe als Politikwissenschaftler ist es, auf diese Spielräume und die Komplexität einer Gesellschaft hinzuweisen.

---

#### **Dr. Astrid Séville**

lehrt Politische Theorie an der LMU München. 2016 erhielt sie für ihre Doktorarbeit zur politischen Alternativlosigkeit den Deutschen Studienpreis. Sie studierte Politikwissenschaft, Romanistik und Historische Anthropologie in Freiburg und Paris. Mit ihrem Vorhaben „Die Provokation der liberalen Demokratie. Phänomenologie des Antipopulismus“ ist sie Mitglied im Jungen Kolleg der BADW.

#### **Anja Reiter**

ist freie Journalistin in München. Sie verfasst Features, Interviews und Reportagen für DIE ZEIT, die Süddeutsche Zeitung und Uniglobale.

Das Gespräch fand am 15. Mai 2019 in München statt.

---